

unserer Geschäftsordnung erteile ich hiermit dem Kollegen Marsching dazu das Wort. Bitte sehr.

Michele Marsching (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Wir werden jetzt über den Einzelplan 01 des Haushalts Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2014 abstimmen. Titel ist: Geschäftsbereich des Landtags.

Die Piratenfraktion hat zum Thema „Streaming“, also Übertragung von Landtagssitzungen im Internet, mehrere abgestufte Anträge im Hauptausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss zur Abstimmung gestellt. Diese wurden rundheraus abgelehnt und in beiden Ausschüssen nicht thematisch behandelt.

Die letzte und öffentliche Möglichkeit, diese Anträge zu beraten, wäre jetzt hier im Plenum gewesen. Hier jedoch muss ich von meiner Parlamentarischen Geschäftsführerin hören, dass trotz vorliegender Anträge keine Debatte zu diesem Einzelplan stattfinden soll, weil man das „noch nie so gemacht habe“.

Mir reicht es nicht, dass jetzt aus anderer Ecke eine Lösung in Aussicht gestellt wird. Diese Lösung zu erklären, wäre in den Ausschüssen möglich gewesen, das wäre auch hier möglich gewesen. Das ist jedoch nicht geschehen. Ich persönlich kann es mit meiner Auffassung von demokratischen Prozessen nicht vereinbaren, auch nur einem einzigen Haushaltstitel zuzustimmen, über den nicht beraten wird, wenngleich Änderungsanträge dazu vorliegen.

Entgegen der wahrscheinlichen Mehrheit dieses Hauses und entgegen der Beschlussempfehlung meiner eigenen Fraktion werde ich daher diesem Einzelplan nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Martin Börschel [SPD]: Hätten wir doch im Ausschuss diskutieren können!)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 01. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4401, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse entsprechend anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU- und FDP-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Das ist ein Teil der Piratenfraktion. Wer möchte sich enthalten? – Das ist ein weiterer Teil der Piratenfraktion. Damit ist der **Einzelplan 01 in zweiter Lesung angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Haushaltsberatung, die wir an dieser Stelle unterbrechen und morgen mit den Beratungen zu Einzelplan 14 fortführen.

Wir kommen zu:

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3968

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/4358

Entschließungsantrag
des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos)
Drucksache 16/4485

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4492

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Landesregierung muss vollständig auf Kommunal-Soli verzichten – „Zwangs-Soli“ gefährdet die kommunale Selbstverwaltung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4430

Ich eröffne damit die Aussprache. Für die SPD-Fraktion spricht zunächst Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde für die SPD-Landtagsfraktion empfehlen, der Beschlussempfehlung aus dem Kommunalausschuss zuzustimmen und die anderen Anträge, die uns zur Beratung vorliegen, abzulehnen.

Ich will das hier in der gehörigen Art und Weise begründen und zunächst einmal Bezug auf eine Presseerklärung nehmen, die ich gestern, und zwar vom Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ habe lesen dürfen. Darin wird mit einer Hoffnung eine Forderung an uns verbunden: „Arme Städte hoffen auf ‚faire und gerechte‘ Landtagsentscheidung.“

In dieser Presseerklärung wird nochmals deutlich darauf hingewiesen, wo die Ursachen für die Überschuldung unserer Kommunen, für die Nothaushaltungssituation unserer Kommunen gelegen haben. Es wird darauf hingewiesen – das halte ich für absolut wichtig –, dass wir hier alles tun dürfen, nur eins nicht, nämlich die kommunale Familie durch falsche und unrichtige Schuldzuweisungen gegeneinander aufzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir sind für den Stärkungspakt, weil wir glauben, dass es auch ein

Akt der interkommunalen Solidarität ist. Ja, wir stehen zu unserer gemeinsamen Verantwortung für die Kommunen. Ja, wir bekennen uns dazu, dass ein Teil der Lasten über einen Solidarbeitrag der etwas besser dastehenden Kommunen getragen werden muss.

Ich will im Einzelnen auf Folgendes hinweisen: Der Stärkungspakt hat insgesamt ein Volumen von 5,76 Milliarden €. Davon wird nach unseren Änderungsanträgen im HFA und im Ausschuss für Kommunalpolitik das Land insgesamt ca. 4 Milliarden € beitragen. Das ist vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und der haushaltsmäßig zu berücksichtigenden Begrenzungen eine Leistung, auf die dieses Land im Interesse seiner Kommunen stolz sein darf.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Körfges, ich darf kurz unterbrechen. – Der fraktionslose Abgeordnete Kollege Stein möchte eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie diese zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das doch. – Herr Kollege Stein, bitte sehr.

Robert Stein (fraktionslos): Herr Körfges, ich danke Ihnen dafür, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Der Kollege Mostofizadeh hat heute Morgen in seiner Rede zum GFG gesagt, dass die Abundanzumlage oder der Kommunal-Soli aufseiten der Geberkommunen nur von nachhaltig abundanten Kommunen getragen wird. Sehen Sie es ebenso, dass die Geberkommunen alle nachhaltig abundant sind?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, natürlich. Sie sind noch nicht lange dabei, Herr Kollege Stein. Deshalb sehe ich Ihnen eine gewisse Unkenntnis in Bezug auf die Termini technici nach. Abundanz bedeutet, dass eine überschießende Steuerkraft vorliegt. Wir sprechen von nachhaltiger Abundanz, weil dieser Sachverhalt in drei von fünf Jahren gegeben sein muss, damit die betreffenden Kommunen überhaupt zur Solidarität herangezogen werden können. Ich lege großen Wert darauf, dass man Abundanz nicht im Wortsinne mit reich zu übersetzen hat. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass es richtig reiche Kommunen – mit ganz geringen Ausnahmen – in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auf eine vielfältige Kritik eingehen. Eine Sache unterscheidet diese Regierungskoalition wohltuend von Vorgängerkonstellationen. In der Anhörung wurden wir darauf hingewiesen, dass es für manche Kommunen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden

gewesen wäre, die ursprünglich in Ansatz gebrachte Summe zu stemmen. Wir haben unsere Konsequenzen daraus gezogen und werden den Kommunen nur noch die Hälfte der ursprünglich in Ansatz gebrachten Summe tatsächlich aufbürden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle gilt Folgendes: Wenn sich alle Kommunen an der Konsolidierung der Haushalte unserer „Kommunen in schwierigen Umständen“ beteiligen, kann man aus Gründen der Gerechtigkeit nicht eine Gruppe von Kommunen auslassen. Lassen Sie mich das kurz ausführen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Körfges, ich habe eigentlich auf das Ende des Satzes gewartet. Das dauert aber wohl noch einen kleinen Augenblick. Deshalb erlauben Sie mir, zwischendurch zu fragen. Herr Kollege Höne möchte Ihnen nämlich auch eine Zwischenfrage stellen. Darf ich diese auch zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, gerne.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das doch. – Herr Kollege Höne, bitte schön.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Körfges, danke für die Zulassung der Zwischenfrage. – Sie haben den Terminus der nachhaltigen Abundanz aus Ihrer Sicht vorgestellt. Wie genau erklären Sie sich die Nachhaltigkeit dieser Abundanz, wenn betroffene Zahlerkommunen jetzt Kredite aufnehmen müssen, um diese Summen aufzubringen?

Zweite Frage: Sind Sie mit mir im Hinblick auf die Halbierung der Summe der Meinung, dass auch ein halber Schritt in die falsche Richtung immer noch in die falsche Richtung geht?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hans-Willi Körfges (SPD): Der zweite Teil stellt eine rhetorische Frage dar. Dazu kann ich Ihnen sagen, im Laufe meiner weiteren Ausführungen wird sich ergeben, dass es Solidarität geben muss, weil sich alle anderen Kommunen auch solidarisch beteiligen bzw. durch eigene Sparanstrengungen ihren Beitrag tragen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Die Kommunen im Stärkungspakt müssen 70 % ihrer strukturellen Lücke selbst decken. Alle Kommunen im GFG-System sind mittelbar an der Sanierung der kommunalen Finanzen und der notleidenden Kommunen beteiligt. Von daher würde es auch unter Gerechtigkeitsaspekten überhaupt keinen Sinn machen, aus der interkommunalen Solidarität gerade die Kommunen herauszunehmen, die weder

im GFG noch im Stärkungspakt verhaftet sind. Darüber lassen wir mit uns prinzipiell nicht diskutieren.

(Beifall von der SPD)

Zur Frage, ob man die Darlehensaufnahme in Kauf nehmen muss, sage ich Ihnen: Rein technisch und fachlich hat das mit dem Kriterium der Abundanz leider nicht viel zu tun. Es gibt kaum eine Kommune in Nordrhein-Westfalen, die nicht regelmäßig für verschiedene Zwecke Darlehen aufnehmen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss kommen.

(Zuruf von der CDU)

Ich möchte an der Stelle auf ein paar Dinge aufmerksam machen, die mich intensiv stören.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Wir bemühen uns unter Aufbietung aller Möglichkeiten des Landeshaushalts, den Kommunen zu helfen. Sie verweigern sich der Mitwirkung, wenn es darum geht, finanziell darzustellen, dass diese Hilfe tatsächlich möglich ist. Wer sagt, wir wollen die Kommunen unterstützen, danach aber weder unserer Konstruktion zustimmt noch eigene Anträge in der Sache vorlegt, der redet mit doppelter Zunge, kocht parteipolitische Süppchen und ist an der Gesundung unserer Kommunen nicht interessiert.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auf den phänomenalen Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion eingehen. Ich nenne zehn Punkte, warum das nicht geht.

Man kann dieser Meinung sein. Lieber Herr Kollege Kuper, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dann sagen Sie bitte auch, wie den Kommunen nach Ihrer Meinung zu helfen ist. Es gab einmal eine spaßige Erfindung, den Kommunalkompass. Er war nach dem Motto konzipiert, die Kommunen ziehen sich à la Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf. Das ist von der Fachöffentlichkeit so krachend in die Tonne gekloppt worden, dass Sie sich offensichtlich seitdem nicht mehr trauen, eigene Finanzierungsvorschläge vorzulegen.

Den Kommunen kann man nur dann nachhaltig und wirksam helfen, wenn man dazu bereit ist, selbst Geld in die Hand zu nehmen und die Finanzierung des Stärkungspaktes sicherzustellen. An der Stelle sind Sie von der Opposition insgesamt eine Antwort schuldig geblieben. Wir stehen dazu. Wir nehmen Kritik an und diskutieren mit denjenigen, die uns kritisieren. Wir stehen auch zu dem Instrument der Solidarabgabe und glauben, dass wir eine faire und gerechte Lösung für alle Beteiligten gefunden haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kuper das Wort.

André Kuper (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die CDU lehnt den Gesetzentwurf zum Stärkungspakt bzw. jetzt zur Einführung des Kommunal-Soli als ungerecht und unsozial ab.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Seit der Auflage des Stärkungspaktes im Jahre 2011 sorgte der Kommunal-Soli für massive Aufregung und vernichtende Kritiken. Von Anfang an war klar, dass SPD und Grüne diese kommunale Kofinanzierung des Stärkungspaktes wollten. Aber immer wieder wurde Konkretes zur Ausgestaltung verweigert. Selbst die ersten Zahlen kamen nicht aus dem Kommunalministerium, sondern aus der kommunalen Familie.

Der Sprengstoff Ihrer Entscheidung ist Ihnen sehr wohl bewusst. Aber Sie ziehen es durch.

Und heute geht es nicht nur ums Zündeln, nein, mit dem heutigen Beschluss verursachen Sie einen mehrfach verheerenden Flächenbrand in der kommunalen Familie.

(Beifall von der CDU)

Dabei hilft diese Last-Minute-Belastungsreduzierung nur marginal. Im bildlichen Vergleich haben Sie mit dem Kommunal-Soli das gesamte Anwesen in Brand gesetzt. Jetzt löschen Sie die Garage oder die Scheune, lassen das Hauptgebäude aber weiter in Flammen stehen. Die Wirkung wird vernichtend sein. Das werden Sie in den nächsten Jahren deutlich merken.

Sie sollten sich deshalb die Frage stellen: Woher sollen die Solizahler-Kommunen das Geld nehmen? Denn während in fast allen anderen Bundesländern schwarze Zahlen geschrieben werden, ist die Situation der Kommunen in NRW desolat. Wir sprachen schon heute Morgen von 400 Millionen Defizit und 25 Milliarden Kassenkrediten.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Dazu haben Sie beigetragen!)

Und in dieser Situation wollen Sie von den 59 Gemeinden 780 Millionen zusätzlich abkassieren – ungeachtet der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Solizahler; denn Ihr Zahlerkriterium der Abundanz ist keine faktische Tatsachenentscheidung, sondern eine politische Entscheidung per Definition im kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Das ist keine politische Entscheidung! Das hat doch mit dem Kriterium der Abundanz überhaupt nichts zu tun, Herr Kuper!)

Und das bei folgenden Fakten: Nur sieben Kommunen haben einen ausgeglichenen Haushalt, 35 haben Defizite in Millionenhöhe, 17 Städte sind im Nothaushaltsrecht oder in der Haushaltssicherung. Aber gleichwohl sollen sie Soli zahlen?

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kuper, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

André Kuper (CDU): Nein. – Sie lassen die Vorbelastungen der Solizahler, zum Beispiel deren Schulden in Höhe von rund 2,5 Milliarden €, außer Acht. Sie machen die Solizahler quasi per Gesetz zu Unterhaltungspflichtigen für andere Kommunen und wenden bei der Unterhaltungspflicht mit der Abundanz die gleichen harten Kriterien wie für die Hilfeempfänger nach dem GFG an. So etwas wäre im sozialen Unterhaltsrecht ein Skandal. Nicht zuletzt deshalb glaube ich auch, dass dieser Entwurf verfassungswidrig ist.

(Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Das hat nichts mit Abundanz zu tun, Herr Kuper!)

Die Pro-Kopf-Belastung ist trotz Ihrer Last-Minute-Änderung immens. Nehmen wir mal einige Beispiele.

In Monheim belasten Sie jede Bürgerin und jeden Bürger mit 584 € pro Jahr, in Straelen mit 259 €, in Borbach mit 214 €.

(Michael Hübner [SPD]: Was ist das denn für eine Rechnung, Herr Kuper?)

Sie nehmen jeden Anreiz für sparsame Haushaltsführung.

Und Sie müssen sich dabei fragen: Wie oft wollen Sie Solidarität einfordern? Beim GFG lassen Sie die Steuerstarken heraus und verteilen die Milliarden auf die anderen. Die müssen das zweite Mal Solidarität leisten bei den Umlageverbandszahlungen. Und jetzt das dritte Mal beim Kommunal-Soli! All das belegt: Dieses System ist paradox.

Fakt ist: Mit diesem Gesetzentwurf verlängern Sie den Stärkungspakt um zwei Jahre, noch bevor er im Landtag überhaupt beschlossen worden ist.

(Michael Hübner [SPD]: Er ist beschlossen, Herr Kuper!)

Wir wollen mal abwarten, ob er demnächst nicht noch einmal verlängert wird.

Fakt ist auch: Die 780 Millionen € müssen letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden und Gewerbetreibenden aufgebracht werden.

Fakt ist ebenso: Keine Kommune weiß über 2014 hinaus, wie viel zu zahlen ist. Bei Ihrem System kann es sogar passieren, dass selbst heutige Emp-

fänger wie Oberhausen oder Nideggen theoretisch in 2021 und 2022 selber zahlen müssen,

(Minister Ralf Jäger: Das ist aber sehr theoretisch!)

weil der Stärkungspakt dann ausgelaufen ist.

Also: Der Soli bleibt falsch. Für die betroffenen Kommunen ist Ihre Entscheidung heute ein harter Einschnitt in die Selbstverwaltung. Sie legen einen Flächenbrand, Sie provozieren, dass weitere Kommunen in die Haushaltsmisere geraten.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Für Kommunalpolitiker ist heute ein rabenschwarzer Tag oder Abend. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Krüger.

Mario Krüger (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Kollegen, meine lieben Kolleginnen! Lassen Sie mich eingangs sagen: Nachdem ich Ihre Ausführungen, Herr Kuper, gehört habe, kann ich nur ein Resümee ziehen: Das ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe mir erzählen lassen: 2011, als diskutiert worden ist über die Frage, wie wir mit der Situation der hoch verschuldeten, der überschuldeten Gemeinden umgehen, wurde von Ihrer Seite – „ihrer“ klein geschrieben – gesagt: Das, was da an Landesgeldern bereitgestellt worden ist, ist überhaupt nicht auskömmlich. Wir brauchen zusätzliches Geld – Sprich: Oben sollten noch 300 Millionen € drauf.

Sie haben schon seinerzeit keine Antwort gegeben, wie das denn finanziert werden soll.

(Michael Hübner [SPD] und Hans-Willi Körfiges [SPD]: Aus dem GFG!)

– Danke für den Hinweis! Den brauchte ich nämlich. Den brauchte ich deshalb, weil das die Herangehensweise der CDU in ihrer Regierungszeit war. Die haben nämlich Folgendes gemacht: Befrachtungen vorgenommen, bestimmte Bestandteile wie die Grunderwerbsteuer herausgenommen. Mit dem Ergebnis: Es gab eine Verteilmasse, die in Abzug werden konnte. Das hat uns als Landeshausaltsgesetzgeber gutgetan. Möglicherweise wäre Ihre Herangehensweise Folgende gewesen: Auf diese Art und Weise finanzieren wir auch den Solidaripakt.

Das machen wir nicht. Das haben wir beispielsweise im Zusammenhang mit der Diskussion zur Verabschiedung des GFG 2014 deutlich gemacht. Ich

will Ihnen die Zahlen vor Augen führen: Als Landesgesetzgeber geben wir rund 420 Millionen € für den Stärkungspakt. Rund 400 Millionen € beträgt der Wert, der durch die Herausnahme der Befrachtung und die Einbeziehung der Grunderwerbsteuer herausgekommen ist.

Dann schüren Sie so richtig schön den Konflikt zwischen den angeblich gut arbeitenden, sparsamen Westfalen, Rheinländern usw. Man kann das beliebig ausweiten.

(Zuruf von der CDU: Eben nicht! – Gegenruf von Dietmar Bell [SPD]: Keine Ahnung! Frechheit! Schämen Sie sich! Fragen Sie Ihren Oberbürgermeister Peter Jung! – Weitere Zurufe)

– “Angeblich“. – Folgt man Ihnen, können die Politiker aus den Ruhrgebietsstädten gar nicht anders, als mit dem Geld nur prassend umzugehen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist doch völlig daneben. Selbstverständlich nehme ich wahr, dass alle in diesem Zusammenhang versuchen, mit den Haushaltsmitteln sparsam umzugehen. Das ist im Übrigen Ihre Verpflichtung.

Selbstverständlich wissen wir – das trifft nicht nur für rot-grün, sondern auch für schwarz-gelb geführte Gemeinden –

(Kai Abruszat [FDP]: Das gilt auch für Schwarz-Grün!)

aus der Vergangenheit, dass es eine ganze Reihe von Fehlentscheidungen mit Blick auf die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen gegeben hat, die ohne Zweifel heute sicherlich haushaltsbelastend sind.

Aber Sie sollten auch einmal anerkennen, wie sich die Situation in den überschuldeten Gemeinden tatsächlich darstellt. Herr Kuper, Sie haben vorhin das Beispiel Monheim gebracht. Ich fand das nett. Wenn man sich die Situation der Stadt Monheim im Detail ansieht, stellt man fest, dass Monheim, eine Gemeinde mit 40.000 Einwohnern, Gewerbesteuer-einnahmen erzielt, die etwa mit denen der Stadt Duisburg vergleichbar sind.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Bezogen auf die Planungen, die für 2014 angesetzt worden sind, haben wir Vergleiche, die etwa auch mit Dortmund greifen. Wir haben in den Stärkungspaktgemeinden Gewerbesteuerereinnahmen pro Kopf zwischen 400 € und 500 €.

Eine Stadt wie Düsseldorf jammert über ihre Defizite, die sie in den letzten zwei Jahren gehabt hat, und hat ein Pro-Kopf-Einnahmen von etwa 1.400 €. Das heißt, es gibt eine Differenz von 1.000 € Gewerbesteuerereinnahmen pro Kopf. Das multipliziert mit 600.000 Einwohnern bedeutet einen Mehrertrag von 600 Millionen €, die der Stadt Düsseldorf zur

Verfügung stehen und die die Stadt Duisburg nicht hat.

(Zurufe von der CDU)

Das kann man natürlich in der Richtung missdeuten, dass die Duisburger offensichtlich nicht sparsam mit ihren Geldern umgehen können. Das ist die Realität; mit der sollten Sie sich auseinandersetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD– Zurufe von der CDU)

– Ich finde es schön, dass Sie sich ereifern.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Krüger, es gibt den Wunsch ...

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU und der FDP)

Mario Krüger (GRÜNE): Man muss Ihnen auch mal die Wahrheit ins Gesicht sagen können.

Wenn Sie dann ...

(Unruhe)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Krüger, es ist relativ laut. Deshalb kann man sich schlecht verständigen. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abruszat.

(Kai Abruszat [FDP]: Nein, nein! – Mario Krüger [GRÜNE]: Trau dich doch! – Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

– Das war mein Fehler. Der Kollege Orth hat sich gemeldet. Würden Sie seine Zwischenfrage auch zulassen?

Mario Krüger (GRÜNE): Ja, gerne. Im Gegensatz zu meinem Vorredner, Herrn Kuper.

(André Kuper [CDU]: Genau!)

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Dr. Robert Orth (FDP): Wir haben einiges über die Gewerbesteuerereinnahmen der einen oder anderen Kommune in Nordrhein-Westfalen gelernt.

Ich selbst bin Düsseldorfer Bürger. Ich bin hier geboren, aufgewachsen und hier nie weggekommen – das mag man mir vorwerfen –, weshalb ich die Verhältnisse hier aber gut kenne. Ich hätte gern von Ihnen bewusst, wie Sie bewerten, dass sowohl die Verteilung des Gewerbesteueraufkommens als auch der Einkommensteuer durch bundesgesetzliche Regelungen erfolgt und deswegen die Stadt Düsseldorf einen Anspruch darauf hat und sich dafür nicht entschuldigen muss, dass sie diese Einnahmen hat. Haben Sie sich mal gefragt, ob es

auch an guter Politik liegen kann, dass man hier bessere Einnahmen als in anderen Städten erzielt?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mario Krüger (GRÜNE): Herr Orth, ich weiß nicht, ob Sie mir zugehört haben.

(Zuruf von der SPD: Nein! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie: Ich habe weder der Stadt Düsseldorf vorgehalten, dass sie zu hohe Gewerbesteuererinnahmen erzielt, noch der Stadt Duisburg, dass sie zu niedrige Gewerbesteuererinnahmen erzielt.

Ich habe an diesem kleinen Beispiel nur deutlich machen wollen, wie hoch die Unterschiede innerhalb der kommunalen Familie sind, und dass das nicht nur etwas mit Fehlentscheidungen bei Investitionsmaßnahmen zu tun hat, die vor Ort getroffen wurden – ich will gar nicht in Abrede stellen, dass es sie auch gegeben hat –, sondern dass das in großem Umfang mit den strukturellen Schwächen in den einzelnen Gebietskörperschaften zu tun hat.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] – Zurufe von der FDP)

Ich möchte gern überleiten – damit bin ich beim Schluss meiner Antwort auf Ihre Frage – zu der Herangehensweise, die ich beispielsweise in der letzten Sitzung des Finanzausschusses erlebt habe, als über das GFG und den Stärkungspakt diskutiert wurde. Ihr finanzpolitischer Sprecher, Herr Optendrenk, sagte dann: Die Grundlinie ist durch unseren Fraktionsvorsitzenden vorgegeben.

(Kai Abruszat [FDP]: Herr Optendrenk ist finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion! Wir sind immer noch eine eigenständige Partei!)

– Entschuldigung, dass ich das wegen der Schnelligkeit durcheinandergeworfen habe. Manchmal ist das alles für mich nur so ein schwarz-gelber Brei. Das mag man mir zugestehen.

Präsidentin Carina Gödecke: Sie müssen bitte auf die Redezeit achten.

Mario Krüger (GRÜNE): In diesem Zusammenhang ist ausgeführt worden: Zuerst einmal kümmern wir uns um den Landeshaushalt. Wir haben genug damit zu tun. Finanzielle Ressourcen für den Stärkungspakt sehen wir nicht. – Ich greife die Worte Ihres Fraktionsvorsitzenden Laumann vom Januar dieses Jahres auf, denn er hat ganz klar gesagt: Normalerweise würden wir das von der CDU nicht machen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Krüger, Ihre Redezeit.

Mario Krüger (GRÜNE): So sieht die Toleranz und die Herangehensweise der CDU zur Kommunalfreundlichkeit aus. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Minister Guntram Schneider: Sehr gut!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs etwas sagen, was ich bei den Stärkungspaktdebatten immer wieder gerne und aus Überzeugung sage: Mit dem Stärkungspaktgesetz haben FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen 2011 gemeinsam ein wichtiges Selbsthilfeprogramm für die kommunale Familie ins Leben gerufen. Daran gibt es nichts zu deuteln. Ich freue mich, dass das auch heute noch so gesehen wird.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Aber, Herr Kollege Körfges,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Zu früh gefreut!)

jetzt komme ich zu Ihrem Wortbeitrag. Als es um die Frage der Solidarität der Kommunen untereinander ging, haben Sie eben vorgetragen: Da lassen wir mit uns nicht diskutieren. – Das waren Ihre Worte. Herr Kollege Körfges, Ihre eigene Partei, die stolze Sozialdemokratische Partei in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall von der SPD)

die SPD, sagt etwa ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl in den Parteigliederungen, die betroffen sind – ich zitiere aus der „Westfälischen Rundschau“; es geht um den Kreis Siegen-Wittgenstein -: „SPD-Unterbezirk lehnt Kommunal-Soli ab“. Das ist eigentlich eine wunderbare Überschrift für die heutige Debatte, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will damit nur sagen: Herr Kollege Körfges, Sie müssen sich mit den Argumenten aus der kommunalen Familie auseinandersetzen.

Das gilt auch für Ihren Wortbeitrag, Herr Kollege Krüger. Mein geschätzter Kollege Dr. Orth hat Ihnen eine Frage gestellt. Ich will das noch einmal in eine Bemerkung kleiden: Herr Kollege Krüger, Sie können doch nicht allen Ernstes einer Stadt wie Monheim vorwerfen, dass sie in der Frage ihrer Einahmeentwicklung klüger gehandelt hat als die Stadt Duisburg. Wollen Sie etwa Städte gegeneinander ausspielen?

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für uns als Freie Demokraten bleibt klar:

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Rot-Grün hat im Beratungsverfahren zum heutigen Gesetzentwurf, den wir abschließend beraten und beschließen sollen, nichts gelernt. Egal ob Verfassungsrechtler, Finanzwissenschaftler, kommunale Spitzenverbände: Sie alle haben der Landesregierung bescheinigt, mit dem Kommunal-Soli einen Irrweg beschritten zu haben.

Ich sage Ihnen: Auch mit Ihrem Änderungsversuch, geprägt von hektischer Nervosität, ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl Beruhigungspillen zu verteilen, dass man nur einen halben Kommunal-Soli bezahlen muss, wird dieser Irrweg nicht besser, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Abruszat, es wird Sie nicht wundern, dass es den Wunsch nach einer Zwischenfrage gibt.

Kai Abruszat (FDP): Aber die Uhr tickt schon die ganze Zeit.

Präsidentin Carina Gödecke: Das ist so. Wenn Sie so freundlich wären, mir eine Antwort zu geben?

Kai Abruszat (FDP): Selbstverständlich.

Präsidentin Carina Gödecke: Es ist Herr Kollege Körfges. Auch das wird Sie nicht wundern.

Hans-Willi Körfges (SPD): Lieber Herr Kollege Abruszat, ich will in aller Ruhe und Gelassenheit

(Kai Abruszat [FDP]: So wie ich auch!)

Sie jetzt fragen, weil Sie das Beispiel Monheim angeführt haben, ob Sie denn davon ausgehen, dass die Vorgehensweise von Monheim insbesondere im Zusammenhang mit der Gewerbesteuer ein Vorbild für alle anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sein könnte.

Kai Abruszat (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Körfges, für diese Zwischenfrage, weil sie mir wirklich Gelegenheit gibt, meine Redezeit, die durch tosenden Beifall von CDU und FDP unterbrochen worden ist, noch etwas auszuweiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kollege Körfges, wir haben heute Vormittag,

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

schätzungsweise gegen Viertel vor elf, über das Gemeindefinanzierungsgesetz gesprochen. Wir haben über ifo und FiFo gesprochen. Wir haben auch über die Hebesatzspirale gesprochen. Damit komme ich zur Beantwortung Ihrer Frage: Wenn Sie sich in der Regierungskoalition mit den Grünen dafür einsetzen würden, Herr Kollege Körfges, das zu tun, was der Gutachter gesagt hat, sich nämlich an bundeseinheitlichen Gewerbesteuersätzen zu orientieren, dann würde auch die Stadt Monheim in ihrer Differenz zur Stadt Duisburg nicht annähernd die Vorteile erzielen, die sie derzeit hat. Tun Sie einfach, was die Experten sagen. Das ist eine gute Idee.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zur Gegenfinanzierung von Rot-Grün etwas sagen. Sie haben jetzt aufgrund des großen Proteststurms den Kommunal-Soli halbiert. Ich war sehr gespannt, wie Sie das finanzieren wollen, und habe mir gedacht: Die SPD-Fraktion schaut im Einzelplan 10 bei Umweltminister Remmel nach, wo sie 90 Millionen € wegschneiden kann, denn da ist richtig Potenzial.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD)

Nein, was macht die Landesregierung, bzw. was machen die sie tragenden Fraktionen? Hören Sie genau zu, verehrte Kolleginnen und Kollegen, denn das ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus.

(Michael Hübner [SPD]: Jetzt kommt das Geld aus Bayern!)

– Genau, lieber Kollege Hübner, wie schon im Kommunalausschuss gesagt.

Als Gegenfinanzierungsvorschläge haben Sie allen Ernstes gebracht: Mehreinnahmen in Höhe von 30 Millionen € beim Länderfinanzausgleich. Donnerwetter. Das ist kreativ! Super!

(Michael Hübner [SPD]: Richtig! Das sind allgemeine Haushaltsmittel!)

Dann haben Sie weitere Gegenvorschläge gebracht: 30 Millionen € weitere Einnahmen aus den sogenannten Bundesergänzungszuweisungen. Donnerwetter! Sehr kreativ!

(Gordan Dudas [SPD]: Solide!)

Dann haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, gesagt: Wir haben auch noch weniger Zinsen, die wir bezahlen müssen. Also haben wir noch ein bisschen mehr Geld über. Das können wir auch noch hineinstecken. Im Klartext heißt das: Bayern, der Bund und der private Sparer zahlen diese Veranstaltung. Das ist wenig kreativ.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch auf Minister Jäger eingehen,

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

der heute gegenüber den Medien geäußert hat, der Kommunal-Soli sei richtig – Zitat: „Wir überfordern niemanden!“.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Kai Abruszat (FDP): Ich kann Ihnen sagen: Das ist ein Schlag ins Gesicht der Kommunen, die jetzt mit eigenen Krediten diesen Kommunal-Soli bezahlen sollen. Das ist ein Irrweg. Leider werden Sie ihn heute beschreiten, aber Sie werden es bitter bereuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf: Jetzt muss man sich schon selber feiern!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abruszat. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal – es sind einige wenige – und vor dem Stream zu Hause!

(Zurufe von der CDU)

Was hier gerade geboten worden ist, ist natürlich fast schon nicht zu überbieten. Ein Applausometer wäre vielleicht an dieser Stelle gar nicht schlecht. Aber es geht ja um den Stärkungspakt bzw. das Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes und einen Änderungsantrag dazu.

Allein der Änderungsantrag macht dieses Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes nach unserer Auffassung zu einer Mogelpackung. Hier wird viel Ideologie verbreitet, insbesondere von den die Regierung tragenden Fraktionen. Es wird nicht ausgeführt, dass durch diese Änderung in Wahrheit nur der Kreditgeber für solche Gemeinden ausgewechselt wird, die sich selbst diese Umlage, auch in der verkürzten Version, nicht leisten können. Anstelle von Banken und Sparkassen kreditiert im Prinzip das Land. Das geht explizit aus der Begründung des Änderungsantrags hervor.

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes wird aus gutem Grund von den meisten beteiligten bzw. – so muss man sagen – betroffenen Kommunen bereits bei der Einbringung für verfassungswidrig gehalten. Auch der jetzt vorliegende Änderungsantrag verbessert das Bild nur scheinbar. Er erweckt den Eindruck, dass durch eine Halbierung der Lasten der sogenannten abun-

danten Kommunen diesen ein Gefallen getan werden soll. Das Gegenteil ist und bleibt der Fall.

Wenn man zum Beispiel die Stadt Haan betrachtet – es wurden viele Beispiele angeführt; ich nehme jetzt einmal die Stadt Haan, die zu den abundanten Gemeinden zählt –, stellt man fest, dass diese die Abundanzumlage, wie kürzlich ausgeführt worden ist, nur über Kassenkredite zu finanzieren in der Lage ist. Das muss man sich einmal vorstellen.

Es werden durch die Vorhaben der Landesregierung Kommunen mit prekären Haushalten, die sich teilweise bereits im Haushaltssicherungskonzept befinden, in die weitere Verschuldung getrieben. Das ist ganz klar. Das Gegenteil ist bis heute nicht belegt.

Wenn wir, die Opposition – in diesem Fall die Piraten –, die nach dem Stärkungspaktgesetz verpflichtenden Berichte anfordern, erleben wir beim Kommunalminister Jäger Abwehrbemühungen, die nicht anders als mit dem berühmt-berüchtigten Begriff „mauern“ zu bezeichnen sind, so wie es letzte Woche im Ausschuss geschehen ist oder aber durch die Nichtbeantwortung unserer diesbezüglichen Anfrage mit dem Verweis darauf, es handele sich um laufende Verwaltungsvorgänge. Man fragt sich – und wir fragen den Minister –, warum er sich beharrlich weigert, diese Prüfberichte der in Rede stehenden Kommunen herbeizuschaffen und uns vorzulegen.

(Beifall von den PIRATEN)

Diese sind nämlich erforderlich – das haben Sie im Ausschuss letzte Woche deutlich gesagt –, um eine Einzelfallbetrachtung der betroffenen Kommunen durchzuführen und festzustellen, ob und inwieweit die Wirkweise hier gegeben ist und wie stark die betroffenen Kommunen tatsächlich in den Wirkungsbereich einbezogen sind. Wenn Sie die Berichte haben, dann legen Sie sie vor. Sie haben aber gesagt, Sie haben sie nicht. Wenn Sie sie nicht haben, fragt man sich, warum nicht. Wollen Sie den betroffenen Kommunen nicht die Daumenschrauben anlegen oder was auch immer? – Wir wissen es nicht.

Eines steht jedenfalls nicht zuletzt aufgrund der letztwöchigen Sitzung des Kommunalausschusses fest: Ausschließlich die Einzelfallbetrachtung ist relevant und führt zu einer klaren Sicht auf die Verhältnisse, nämlich auf die Wirkweise des Stärkungspakts Stufe zwei und die möglichen Auswirkungen der Abundanzumlage.

Geschieht dies nicht, legen Sie die Berichte also nicht vor, sehr verehrter Herr Minister, müssen wir davon ausgehen, dass Sie die Kommunen und die Opposition weiterhin nicht ernst nehmen und dass Sie weiter mauern wollen. Deshalb sehen wir es als unerlässlich an, unseren Entschließungsantrag anzunehmen und ihm zu folgen. Wir empfehlen dies im Übrigen auch in diesem Hohen Haus.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit und vor allem für die Verfassungsmäßigkeit der Abundanzumlage ist nämlich Vertrauen. So, wie das hier vorgeführt wird, wird ein solches Vertrauen aber nicht geschaffen. Das hat auch heute zahlreiche Demonstranten vor die Türen und Tore des Hohen Hauses gerufen.

Die Zwischenrufe aus der SPD-Fraktion freuen mich ganz besonders. Ich habe sie hier die ganze Zeit verfolgt. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich noch eines sagen: Wenn es so weit geht, dass sogar Vertreter von Spitzenverbänden der Kommunen angegangen und – man muss es wohl so sagen – persönlich massiv kritisiert und regelrecht eingeschüchtert werden, weil sie

(Lachen von der SPD)

– ja, ja – bestritten haben, dass die Stärkungspaktziele erreicht werden, was überhaupt eine weitere Voraussetzung ist, dann muss ich mich doch ernsthaft wundern.

Insgesamt wird man abschließend sagen können: Das Änderungsgesetz ist abzulehnen. Es ändert nichts an dem bestehenden Desaster der betroffenen prekär wirtschaftenden Kommunen, sondern verstärkt den Ansatz zur Verschlechterung der Haushaltslage weiterer Kommunen, die als abundant gelten und als Geberkommunen quasi in Geiselhaft genommen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Als nächster Redner hat der fraktionslose Abgeordnete Stein das Wort.

Robert Stein (fraktionslos): Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Herr Körfges, ich habe gerade gelernt, und ich stelle fest, die Verwendung des Begriffs „Abundanz“ ist hier wirklich zynisch.

Am 13. März stellte sich der Innenminister und Minister für Kommunales, Herr Jäger, auf das Podium der jährlichen Hauptausschusssitzung des Städte- und Gemeindebundes NRW in Soest. Dort erzählte er in aller Selbstverständlichkeit, in NRW könne es keine Abundanzumlage geben, denn es gebe auch keine abundanten Kommunen. Da kann man ja auch nur zustimmen. Das muss für die vielen Geberkommunen letztendlich wie Hohn klingen. Sie wissen genau, dass sich überhaupt nur die wenigsten Kommunen in NRW einen ausgeglichenen Haushalt leisten können. An Unglaubwürdigkeit ist das für mich nicht zu überbieten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich frage Sie: Wissen Sie eigentlich genau, was Sie mit dieser Änderung des Stärkungspakts bewir-

ken? – Ich habe nicht das Gefühl, um ehrlich zu sein. Deswegen will ich das einmal, wie Sie es sich gerade schon bei einer anderen Person gewünscht haben, bebildern, also bebildert verdeutlichen.

Sie stellen sich als Robin Hood der Kommunen hierhin und beklaue die extrem prekär beschäftigten Niedriglöhner unter den Kommunen, um es dann den Arbeitslosen unter den Kommunen zu geben. Das ist kommunale Haushaltsprekarisierung: den Geberkommunen so viel vorenthalten, dass es für sie nicht mehr zum Haushalten reicht, und den Empfängerkommunen so wenig geben, dass es auch nicht hilft.

Diese Logik ist für mich nicht nur beeindruckend schlecht, sondern sie ist auch falsch. Sie sorgt auch dafür, dass strukturelle Sparbemühungen solide wirtschaftender Kommunen ad absurdum geführt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben es hier schon gehört: Eine nicht unerhebliche Zahl der Geberkommunen – 17 – befindet sich gar im Haushaltssicherungskonzept bzw. im Nothaushalt. Diesen Kommunen wollen Sie jetzt ernsthaft finanzielle Mittel vorenthalten, was sie weiter schwächt, um sie den noch Schwächeren zu geben? – Herr Jäger, das können Sie nicht ernsthaft wollen. Dass Sie einen Fehler gemacht haben, müssten Sie im Grunde schon erkannt haben. Immerhin halbieren Sie das Volumen dieser Redundanzumlage. Besser macht es das nicht.

Das wird Herrn Abruszat freuen: Ich habe hier auch etwas vom Kreisverband Siegen-Wittgenstein, aber von Bündnis 90/Die Grünen. Die haben nämlich auch eine Pressemitteilung herausgegeben, datiert vom 18. November 2013. Ich zitiere einmal daraus:

„Fazit der Grünen-Resolution: Wir sagen Ja zur Solidarität! Aber Solidarität sieht anders aus! Darum sagen wir Nein zur in der vorliegenden Form geplanten Abundanzumlage. Im rot-grünen Koalitionsvertrag von 2012 ‚Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten‘ ist zum Thema Solidaritätsumlage festgehalten, ‚dass sie für die betroffenen Kommunen tragbar ist und keine neuen Haushaltsnotlagen entstehen‘. An diesem richtigen Maßstab werden wir die Landesregierung und das Landesparlament messen.“

Der Kreisverband Siegen-Wittgenstein von Bündnis 90/Die Grünen lehnt diese Umlage ab.

Herr Jäger, ich fordere Sie auf, diesen Gesetzentwurf augenblicklich in die Tonne – wohin er auch gehört – zu werfen, statt die kommunale Familie zu entzweien und Keile zwischen sie zu treiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sorgen Sie ab heute besser dafür, dass der Bund unseren Kommunen in NRW hilft, anstatt diese zy-

nische Abundanzumlage zu realisieren. Gestehen Sie den Fehler ein, den Sie begehen wollen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Robert Stein (fraktionslos): Ich komme zum Schluss.

Handeln Sie im Sinne des Friedens und Wohls der kommunalen Familie! – Danke sehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, dass es diese Debatte wert ist, darüber zu reden, warum diese Solidaritätsumlage erforderlich ist, und auf die Ursprünge unserer gemeinsamen Diskussion hier im Landtag zurückzukommen. Ich erinnere mich sehr gut an das Jahr 2010, als wir – mit Ausnahme der damaligen FDP – gemeinsam über alle Fraktionsgrenzen hinweg festgestellt haben, wie unterfinanziert unsere Kommunen sind und wie dringend erforderlich eine Hilfe insbesondere durch den Bund ist. Das hat uns damals noch geeint.

Ich finde, heute muss man diese Diskussion von damals um das ergänzen, warum diese Diskussion eigentlich so eingetreten ist. Hintergrund ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU: In den Jahren 2005 bis 2010 haben Sie die Kommunen in einer unglaublichen Weise zur eigenen Haushaltssanierung herangezogen und 3 Milliarden € aus ihren Kassen entnommen.

(Widerspruch von Bernhard Schemmer [CDU])

– Herr Schemmer, Sie als Statistikspezialist können das gerne nachlesen. Die Kassenkredite haben sich während Ihrer Regierungszeit in den Jahren 2005 bis 2010 von 10 auf über 20 Milliarden € mehr als verdoppelt. Wenn man nach fünf Jahren Regierungszeit eine solche Bilanz kommunaler Finanzen vorlegt, wäre in dieser Diskussion heute ein wenig mehr Demut wirklich nützlich,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

dass diese Landesregierung das Problem einer kommunalen Minderfinanzausstattung wirklich angeht. Wir haben seinerzeit gesagt, aus diesem Landeshaushalt das zu leisten, was wir leisten können. Bei begrenzten eigenen Mitteln und dem eigenen Willen, die Schuldenbremse 2020 zu erreichen, tun wir, was wir im Rahmen unserer Fähigkeiten und des Stärkungspaktes leisten können. Den Löwenan-

teil des Stärkungspakts zahlt das Land. Ein kleiner Teil soll als Solidaritätsumlage aus der kommunalen Familie kommen.

Herr Abruszat, ich lobe immer die FDP – das sage ich jetzt wirklich ernsthaft –, insbesondere bei den Stärkungspaktkommunen, dass Rot-Grün und die FDP es waren, die das auf den Weg gebracht haben. Ich lobe Sie ausdrücklich, weil Sie damals ein Stück weit Mut bewiesen haben, bei einer Minderheitsregierung zu sagen: Wir wollen kein politisches Kapital daraus schlagen, sondern den Kommunen wirklich helfen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Kai Abruszat [FDP])

– Aber, Herr Abruszat, jetzt muss ich Sie leider enttäuschen: Bei meiner Tour durch die abundanten Kommunen sage ich auch immer: In dem Gesetz steht ebenfalls, dass die zweite Stufe des Stärkungspaktes von den finanzstarken Kommunen zu finanzieren ist. Herr Abruszat, ich weise immer darauf hin: Das haben Sie auch mit beschlossen. – Ich vermisse heute von Ihnen, dass Sie keine Angst vor der eigenen Courage haben, den Schritt mitgehen und selbst zu dem stehen, was Sie damals mit beschlossen haben, dass nämlich dieser kleine Teil von den finanzstarken Kommunen erbracht werden soll.

Wenn Sie möchten, dass es nicht die abundanten Kommunen sein sollen, machen Sie uns einen anderen Vorschlag! Dann reden wir darüber. Aber zu fordern, das Land solle das jetzt komplett finanzieren, wohl wissend, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind, ist nicht fair und hilft im Übrigen auch nicht unseren Kommunen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Jäger, würden Sie jetzt eine Zwischenfrage zulassen?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, zu dem Thema bitte nicht.

Noch etwas: Ich habe mehrere Zurufe zu der Frage wahrgenommen, wer das Geld bekommt und was damit gemacht wird: Das seien diese Hungerleider aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Dreieck, und die seien doch selber schuld.

(Zurufe)

Das widerspricht auch dem, was wir 2010 gemeinsam festgestellt haben. Der Zustand des jeweiligen kommunalen Haushalts ist in einer Weise fremdbestimmt, dass der Bürgermeister, der Oberbürgermeister oder der Rat der Stadt über die Höhe des Defizits kaum noch selbst bestimmen können. Äußere Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Grundsicherung, Kosten der Jugendhilfe sind entscheidend dafür, wie hoch die Ausgabenseite ist. Und für die Einnahmenseite ist nicht entscheidend, wie man an der Gewerbesteuerschraube dreht, sondern ob man

das Glück oder Pech hat, dass internationale Konzerne die Gewerbesteuer gerade in diesem Ort abführen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber wenn Sie das – wie ich das gerade Zurufen entnommen habe – für Städte wie Oberhausen in Frage stellen, tun Sie doch nur Folgendes: Sie untergraben den Beschluss dieses Landtags, dass die Kommunen insgesamt unterfinanziert sind, weil Sie suggerieren, die Kommunen hätten es selbst in der Hand, darüber zu entscheiden, ob sie überschuldet sind oder nicht. Sie unterlaufen damit Ihre eigenen Beschlüsse. Das ist nicht gut, weil es das konterkariert, was wir eigentlich gemeinsam erreichen wollen.

Da ich selber für diesen Teil an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen habe, sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Bundestagsfraktion sind viel weiter als Sie und haben verstanden, dass wir für die Kommunen etwas tun müssen, dass es nicht die Ausgabenpolitik der einzelnen Kommune ist, die über ihren Haushalt bestimmt, und dass mehr Geld fließen muss. Deshalb haben wir in diesem Koalitionsvertrag dazu auch gute Beschlüsse zugrunde gelegt.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Sozialismus!)

– Ich habe den Zuruf „Sozialismus“ von Herrn Droste wahrgenommen.

(Lachen von der SPD)

Darüber kann man streiten – gibt es doch innerhalb der Bundesrepublik Landesteile, die Erfahrungen mit 40 Jahren Sozialismus haben und wissen, was das wirklich bedeutet, Herr Droste.

Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, Herr Droste, dass eine solche Abundanzumlage in den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein existiert. Ich bleibe bei der Begrifflichkeit „Sozialismus“, Herr Droste: In Sachsen ist die Abundanzumlage vier Mal so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Wenn das, was wir machen, Sozialismus ist, muss bei Herrn Tillich die Räterepublik herrschen, Herr Droste. Das ist die Tatsache!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben ein schwieriges Projekt gut hinter uns gebracht. Die Stärkungspaktkommunen sind auf einem guten Weg, ihre Haushalte wieder ausgeglichen zu bekommen. Das geschieht mit einer großen Landeshilfe und mit noch einmal zusätzlichen Konsolidierungsanstrengungen der Gemeinden, die diese Hilfe bekommen. Hilfe kann aber nicht nur immer eine Einbahnstraße sein. Dieses Problem der überschuldeten Kommunen müssen wir gemeinsam lösen – auch durch einen Anteil der kom-

munalen Familie selbst. Deshalb ist das, was wir hier machen, gerecht, fair und wichtig.

Ich hoffe, Sie können trotzdem noch zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Minister Jäger, bleiben Sie bitte einen Moment. Sie müssen bitte wieder zurückkommen, weil eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Schemmer angemeldet wurde.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Ich will alle Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam machen, dass Herr Minister Jäger die Redezeit überzogen hat. Selbst wenn ich die bereits erfolgten Überziehungen der Fraktionen gegenreche, hätte jede Fraktion noch gut zwei Minuten Zeit zu reden. – Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister Jäger, Sie hatten vorhin darauf hingewiesen – Sie hätten es auch etwas konkreter machen können –, dass die Kosten der Grundsicherung durch die bis dato amtierende schwarz-gelbe Bundesregierung übernommen worden sind und es vorher – auch bereits vor der Bundestagswahl – klare Aussagen zum Thema Eingliederungshilfe gab. Ich habe aber Grund, ein bisschen zu Ihren Rechenschemen zu sagen.

Ich sehe mir an: Eine Gemeinde wie Heek beschäftigt fünf Mitarbeiter pro 1.000 Einwohner, eine Stadt wie Oberhausen hat drei Mal so viel – nicht 3 % mehr, sondern drei Mal so viel! Heek hat an eigener Steuerkraft plus Schlüsselzuweisungen – sie sind null – unter 1.000 € pro Einwohner zur Verfügung. Oberhausen hat mehr als 1.500 € pro Einwohner zur Verfügung. Können Sie mir einmal sagen, warum eine Gemeinde wie Heek, in der für jeden Bürger weniger als 1.000 € zur Verfügung stehen, jetzt eine Viertelmillion € – es war eine halbe Million – nach Oberhausen transferieren soll?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich habe gerade gehört: „... Oberhausen sanktionieren soll“. Das ist wirklich nicht der Kern dieser Solidaritätsumlage.

Ich will aber auf Ihre eingangs gestellten Punkte eingehen, auf die Frage der Grundsicherung und die Frage der Beteiligung des Bundes an den Eingliederungshilfen. Heute Morgen habe ich schon einmal gesagt – vermutlich konnten Sie da nicht im Saal sein –, dass die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung für die Kommunen kein Geschenk der alten Bundesregierung ist. Dies ist durch die Länder massiv dem Bund abverhandelt worden.

Das geschah durch aktive Teilnahme des Landes Nordrhein-Westfalen. Übrigens stand dabei unser Finanzminister an der Spitze.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Außerdem ist die Beteiligung des Bundes an den Eingliederungshilfen, Herr Schemmer, ...

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

– Sie können sich weiter aufregen. Tatsache ist Tatsache – und der getretene Hund bellt!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Schemmer, zur Frage der Eingliederungshilfe: Obwohl wir – übrigens hier in diesem Raum – 2010 anerkennend gesagt haben, dass der Bund da einsteigen muss, hat sich die alte, abgewählte Bundesregierung geweigert und im Rahmen des Fiskalpaktes lediglich eine Protokollnotiz dazu aufgenommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU und der FDP)

Dazu sage ich Ihnen: Es ist gut, dass wir darüber in Berlin mitverhandelt haben und dass das jetzt im Koalitionsvertrag steht. 5 Milliarden € vom Bund heißt 1 Milliarde € für Nordrhein-Westfalen. Das ist gut so.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Unruhe)

Herr Schemmer, ich hoffe, ich habe Ihre Frage ausreichend beantwortet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Pfiff von der FDP – Anhaltender Widerspruch von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Ich würde gerne noch einmal darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn die Emotionen hochgehen und es sehr laut wird. Aber pfeifen wie auf dem Fußballplatz ist wirklich ein absolut unwürdiges Verhalten. Ich habe leider nicht gesehen, ...

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich habe das Wort. Ich würde gerne wiederholen: Ich habe überhaupt nichts gegen die Lautstärke, auch nichts gegen Zwischenrufe; aber ein Pfeifen wie auf dem Fußballplatz ist in dieser Debatte nicht zulässig und dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Kai Abruszat [FDP] meldet sich zu Wort.)

– Ich vermute, dass sich Herr Kollege Abruszat aus Versehen gemeldet hat, denn ich wüsste nicht, warum Sie ...

(Zuruf von Kai Abruszat [FDP])

– Nein, da haben wir ganz eindeutige Spielregeln. Die Kurzintervention muss während des Redebeitrags angemeldet werden, und der Redebeitrag von Herrn ...

(Unruhe – Lebhaftes Zurufe von der FDP – Zurufe von der CDU)

– Ich würde empfehlen, dass alle diejenigen, die die Geschäftsordnung zur Hand haben, sie jetzt zur Hand nehmen und sich schlau machen, und dass die anderen sich bei ihren Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern erkundigen.

(Zuruf von der FDP)

– Er möchte reden und die Redezeit ausnutzen. Das ist etwas völlig anderes. Bitte schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kai Abruszat (FDP): Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister Jäger, die Debatte eignet sich, glaube ich, in der Tat nicht für Schuldzuweisungen und Klamauk. Eines ist, glaube ich, eindeutig festzustellen, und genau deshalb, Herr Minister, habe ich mich gemeldet.

Sie haben – jetzt sage ich es wie Kollege Krüger von den Grünen, „sie“ klein geschrieben – 2003 in Berlin mit rot-grüner Mehrheit ein Grundsicherungsgesetz auf den Weg gebracht, ohne einen einzigen Cent, welches die kommunale Familie belastet hat! Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Serdar Yüksel [SPD]: Das stimmt nicht!)

Sich jetzt hier hinzustellen, Herr Minister, und zu sagen, Sie seien es gewesen, die kraft eigenen Antriebs diese Fehlentwicklung korrigiert hätten, das ist, gelinde gesagt, nur die halbe Wahrheit. Fakt ist: Die bisherige, noch amtierende Bundesregierung hat in den Gesprächen mit dem Bundesrat die entsprechenden Fehlentwicklungen korrigiert. Das gehört zur Wahrheit dazu. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die SPD-Fraktion hat angezeigt, dass sie noch Redezeit nutzen möchte. – Herr Dahm?

(Marc Herter [SPD]: Herr Garbrecht!)

– Ach, Herr Garbrecht, Entschuldigung.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oooh! – Unruhe)

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin nur dafür, dass wir immer versuchen, bei der Wahrheit zu bleiben.

(Erregte Zurufe von der CDU und der FDP)

Von daher muss ich die Behauptung des Kollegen Abruszat zurückweisen, dass 2003 die Grundsicherung ohne eine Entlastung der Kommunen eingeführt worden sei. Vielmehr war eine Entlastung in Stufen für die Kommunen vereinbart. Das können Sie nachlesen. Auch in einer parlamentarischen Debatte, in der es sehr hitzig zugeht, gehört es sich, dass man das, was seinerzeit eingeführt worden ist, auch so darstellt, wie es der historischen Wahrheit entspricht.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie nur darauf hinweisen. Sie können den Fakten-Check heute Abend bei Google durchführen. Dann können wir uns morgen noch einmal in Ruhe über diesen Sachverhalt austauschen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Gibt es weitere Fraktionen, die noch Redezeit haben und diese nutzen möchten? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Debatte zum Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3968. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/4358, den Gesetzentwurf mit den von ihm beschlossenen Änderungen anzunehmen. Die Fraktionen von CDU und FDP haben gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung dazu beantragt.

Nach Absatz 2 dieses Paragrafen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Ich bitte Herrn Kollegen Bialas, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt [Abstimmungsliste siehe Anlage 1].)

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben alle Ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit schließe ich den Wahlgang.

(Die Auszählung erfolgt.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte nun um Ihre Aufmerksamkeit. Wir können die Sitzung fortsetzen.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme abgegeben haben 224 Abgeordnete. Mit Ja haben 124 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein stimmten 100 Abgeordnete. Es hat keine Enthaltung gegeben. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/3968 angenommen**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Stein **Drucksache 16/4485**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich?

(Beratung im Präsidium)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist der Antrag Drucksache 16/4485 **abgelehnt**, und zwar mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung des Kollegen Stein und bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion – und der Piraten.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Und die Piraten haben gar nicht abgestimmt?)

– Doch. Das habe ich gerade gesagt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wir haben dagegen gestimmt!)

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4492**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen **abgelehnt** bei Zustimmung der Fraktion der Piraten und bei Enthaltung der CDU, der FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Stein.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/4430**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Und der Abgeordnete Stein?

(Robert Stein [fraktionslos]: Ich habe zugestimmt!)

Damit ist der Antrag Drucksache 16/4430 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt** bei Enthaltung der Fraktion der FDP und der Fraktion der Piraten und bei Zustimmung der CDU-Fraktion.

(Zuruf von Robert Stein [fraktionslos])

– Entschuldigung; ich habe das, was Sie gerade gesagt haben, akustisch nicht verstanden. Können Sie es bitte wiederholen?

(Robert Stein [fraktionslos]: Ich habe zugestimmt!)

– Der Kollege Stein hat auch zugestimmt. – Vielen Dank.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5 Keine Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei der Bundesverkehrswegeplanung – Seeverkehrsprognose 2030 der Bundesregierung muss dringend überprüft werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4442

Die Fraktionen haben inzwischen vereinbart, diesen Antrag heute nicht zu beraten, sondern die Debatte mit der Aussprache über den Einzelplan 09 morgen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu verbinden. – Ich sehe keinen Widerspruch. Also können wir so verfahren.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6 Vorratsdatenspeicherung stoppen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4436 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Piraten dem Herrn Kollegen Schwerd das Wort.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte gläserne Bürgerinnen und Bürger!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ich fand den gut.

(Beifall von den PIRATEN)

Derzeit sehen deutsche Sicherheitspolitiker mal wieder ihre schönsten feuchten Träume in Griffweite: die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Machen wir dazu ein Gedankenexperiment. Wir bekommen doch alle diese schönen neuen maschinenlesbaren Personalausweise. Die können aus einer gewissen Entfernung kontaktlos ausgelesen werden. Was wäre denn, wenn wir an jedem Hauseingang einen solchen Scanner installieren, der automatisch erfasst, wer wann das Haus betritt oder verlässt, und diese Information für drei Monate aufbewahren? Die Vorteile liegen doch auf der Hand. Passiert in diesem Haus ein Verbrechen, könnte man ganz einfach nachvollziehen, wer sich zu der Zeit dort aufgehalten hat.

Kommt Ihnen diese Idee auch ziemlich dämlich vor? Natürlich würde jeder Kriminelle mit einem IQ oberhalb eines durchschnittlichen Sicherheitspolitikers seinen Ausweis zu Hause lassen oder gleich durchs Fenster einsteigen. Die Vorstellung, man könne so Verbrecher aufhalten, ist absurd.

Stattdessen hätte das ganz andere Effekte: Wer sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufhält, gerät unter Verdacht. Man wird begründen müssen, warum man ausgerechnet in diesem Haus war. Man könnte komplette Bewegungsprofile von einzelnen Personen anfertigen. Mir wird mulmig bei so einem Gedanken. Ihnen auch?

(Beifall von den PIRATEN)

Aber genau das und noch Schlimmeres planen paranoide Innenpolitiker dieser Republik, wenn sie die Vorratsdatenspeicherung einführen wollen. Für einen zweifelhaften Nutzen sollen Privatsphäre und Unschuldsumvermutung weitgehend abgeschafft werden.

Die Vorratsdatenspeicherung betrifft zum einen den digitalen Raum, zum anderen aber auch das echte Leben. Bewege ich mich im Internet, wird lückenlos erfasst und gespeichert werden, wann und wo ich gewesen bin. In der Realwelt wird durch das Speichern der Verbindungsdaten von Mobiltelefonen eine lückenlose Überwachung erreicht. So kann der Staat erfahren, wer wann wo war, und das ohne jeden Anlass und ohne jeden Verdacht. Denn man kann ja nie wissen, ob Sie nicht vielleicht doch finstere Pläne schmieden.

Was für den Haustürscanner gilt, das gilt auch für die Vorratsdatenspeicherung: Zur falschen Zeit am falschen Ort bin ich verdächtig und muss meine Unschuld beweisen. Wird man sich stets trauen, im Internet seine Meinung zu äußern? Können Journalisten ungestört recherchieren? Wie ist es mit der ärztlichen Schweigepflicht, dem Beichtgeheimnis? Kann man mit dem Mobiltelefon in der Tasche noch an einer Demonstration vorbeigehen, oder lässt man das besser?

Was ist, wenn diese Daten in falsche Hände geraten? Was ist mit dem Risiko von Erpressungen, zum Beispiel auch bei Politikern? Was ist mit Wirtschaftsspionage? Das Missbrauchspotenzial ist enorm. Nirgendwo sind Daten vollkommen sicher, auch nicht bei staatlichen Stellen.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Witz ist: Während sich jeder harmlose Normalo stets fragen muss, ob er sich gerade verdächtig macht, werden echte Kriminelle entsprechende Technik einsetzen, um ihre Identität zu verschleiern. Fangen kann man mit der Vorratsdatenspeicherung höchstens ein paar Dumme. Der Preis: Totalüberwachung der digitalen und realen Bewegungen der Bevölkerung.